

v. Gadolin, Axel

Article — Digitized Version

Probleme des finnischen Arbeitsmarktes

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: v. Gadolin, Axel (1962) : Probleme des finnischen Arbeitsmarktes, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 2, pp. 80-83

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133195>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Verpflichtung gegenüber Europa

Die Bedeutung der Schweizer Neutralität mit dem Blick auf die Neutralität Österreichs läßt sich als eine eminent europäische Aufgabe nicht weglegen. Die Bedeutung dieser Neutralität als fester Grund für das Internationale Rote Kreuz, für die Schweiz als Treffpunkt für internationale Gespräche und für die Schweiz als diplomatische Schutzmacht in Konfliktzeiten ist heute in der Zeit des „kalten Krieges“ wenn möglich noch höher zu bewerten als jemals.

Hier um Verständnis bei den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu werben, erscheint uns als Verpflichtung gegenüber Europa. Es gilt da, Ressentiments und Vorurteile hüben und drüben auszuräumen. Dann aber sollte es möglich sein, den Weg der Verständigung bis zum Ende zu

beschreiten. Prof. Hallstein hat sich kürzlich gegen die zuerst in Paris, dann von Spaak und Ball übernommene These gewandt, eine Assoziierung komme nicht für europäische Industrieländer, noch dazu mit Neutralitätsansprüchen, in Frage. Dem hält er entgegen, daß der Vertrag von Rom keine nähere Umschreibung einer Assoziierung enthalte, daß also noch alles offen sei.

Das scheint uns die einzig mögliche Einstellung im gegenwärtigen Augenblick zu sein. Man sollte es mit den homerischen Reden jetzt genug sein lassen. Die Fronten sind abgesteckt. Die Gefahr für Europas Einigung ist nur zu überwinden, wenn sich der Wille dazu belebt. Sonst wird die Einigung durch den modernen Wunderglauben in den Institutionalismus als weltbewegende Kraft erstickt.

Probleme des finnischen Arbeitsmarktes

Dr. Axel v. Gadolin, Helsinki

Man kann wohl behaupten, daß das Beschäftigungsproblem für alle westlichen Staaten — ob nun die soziale Marktwirtschaft oder der Wohlfahrtsstaat als Richtschnur gelten — von zentraler Bedeutung ist. Sogar das Geldwesen wurde nach den Lehren von Beveridge und Keynes im Gefolge der Pfundkrise von 1931 der Beschäftigungspolitik untergeordnet. Ob klein oder groß, ob vollindustrialisiert oder nicht, ob autark oder außenhandelsabhängig, jeder Staat muß heute dem Beschäftigungsproblem seine besondere Aufmerksamkeit widmen. Da Prognosen auf diesem Gebiete besonders schwierig sind und auch die meisten Theorien versagen, wird die Arbeit vorwiegend Tatbestandsaufnahmen, Erfahrungen und Ergebnissen gewidmet.

So hat auch Finnland beachtliches Material zusammengetragen und Erfahrungen gesammelt. Die traditionelle Drohung bleibt hier, wie in vielen anderen Staaten, die Arbeitslosigkeit. Nach Art der wirtschaftlichen Einstufung eines Landes liegt das Problem immer etwas anders: für Finnland müssen deshalb gewisse allgemeine Daten gegeben werden.

Das Land ist groß und dünnbesiedelt — durchschnittlich 14,5 Personen je qkm. Allerdings leben neun Zehntel der Bevölkerung in der südlichen Hälfte des Landes. Das Land hat nur einen wichtigen Rohstoff: das Holz, außerdem mittelmäßig ergiebige Mineralvorkommen, u. a. Eisen-, Kupfer- und Nickelerze, die bis jetzt in verhältnismäßig kleinem, aber doch wachsendem Umfange abgebaut werden. Kohle gibt es nicht, und die zu rd. 60% ausgebaute Wasserkraft kann infolge des geringen Gefälles der Flüsse nie mehr als einen Bruchteil — etwa 20% — der Energiemenge liefern. Kohle und Öl müssen deshalb in wachsendem Umfange eingeführt werden.

Drei Wellen der Industrialisierung

Man könnte von drei langen Wellen der Industrialisierung sprechen: die erste würde die letzten Jahrzehnte des Großfürstentums um die Jahrhundertwende umfassen, als die Sägewerke und eine begrenzte Versorgungsindustrie, Werkzeuge, Lebensmittel, landwirtschaftliche Geräte, Textilien, ausgebaut wurde, die zweite bezieht sich auf die erste Republik 1919—1944, als die chemische Holzveredelung, die Maschinenindustrie und einige Spezialindustrien entwickelt wurden, und die dritte auf die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, als sich die Industrieproduktion in realen Zahlen verdoppelt hat.

Innerhalb dieser letzten Zeitspanne hat sich, unabhängig von der Inflation, das Realeinkommen der Arbeiter um reichlich die Hälfte verbessert. In der entsprechenden Proportion hat auch die Zahl der Industriearbeiter zugenommen.

Charakteristisch für den finnischen Arbeitsmarkt sind ferner folgende Tatsachen: Erstens findet noch ein unverhältnismäßig großer Teil der Bevölkerung sein Auskommen innerhalb der Land- und Forstwirtschaft — die offizielle Statistik zeigt hier noch den sicherlich zu hohen Anteil von 42%, während für die Industrie 30% angegeben werden. Zweitens sind die Kleinbauern weitgehend im Winter als Holzfäller tätig, ein Tatbestand, der die Statistik stark verwischt. Drittens besitzt der Staat seit alters her ein Drittel der gewaltigen Waldfläche des Landes, während die Holzveredelungsindustrie in weit stärkerem Maße privat ist. Viertens kann die starke Subventionierung der Landwirtschaft erwähnt werden, zumal — bei der politisch starken Verankerung der Bauernpartei — ein Gesetz den Bauern denselben Lebensstandardzuwachs garantiert wie den Industriearbeitern.

Bevölkerungsstruktur und Arbeitsmarkt

Die Bevölkerung Finnlands wird auf 4,5 Mill. veranschlagt und entspricht derjenigen Dänemarks, lebt aber in einem achtmal größeren Gebiet. Zur Jahreswende 1961/62 wurde die Zahl der über fünfzehn Jahre alten Bevölkerung mit 3,2 Mill. angegeben. Als beschäftigt galten hiervon rd. 2,2 Mill. Rund eine Million würde demnach auf Jugendliche in weiterer Ausbildung, auf Alte und berufslose, meistens verheiratete Frauen entfallen. Die Zahl der Arbeitslosen betrug im Durchschnitt für das ganze Jahr 1961 nur 28 000. Die Zahl der offenen Arbeitsplätze überwog de facto das Angebot an Arbeitskräften.

Somit ist die Arbeitslosigkeit im Augenblick für Finnland kein aktuelles Problem, das Gleichgewicht ist aber labil. Ein Umschwung in der Konjunktur, ja, sogar eine Änderung der kostspieligen staatlichen Stützungsmaßnahmen, kann das Gleichgewicht aufheben. Ganz besonders wäre eine Absatzkrise für die Zellstoff- und Papierindustrie verheerend; dabei zeichnet sich eine solche schon am Horizont ab und kann aktuell werden, wenn Finnland nicht ein Übereinkommen mit der EWG erreicht.

In der Tat hat die Hochkonjunktur der Jahre 1959 bis 1961 die Lage des finnischen Arbeitsmarktes, die noch vor ein paar Jahren als sehr kritisch eingeschätzt wurde, grundlegend gebessert. Das hängt mit dem ungleichmäßigen Zuwachs der verschiedenen Altersklassen der Bevölkerung zusammen. Der Geburtenrückgang der Kriegsjahre wurde durch eine stark gestiegene Bevölkerungszunahme während der ersten Nachkriegsjahre ausgeglichen. Daraus ergibt sich, daß die arbeitsfähigen Altersklassen während der Jahre 1960—1965 ganz besonders zunehmen werden. Da man noch um die Mitte der 1950er Jahre stark mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatte, erwartete man vom Jahre 1960 ab eine krisenartige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Diese würde noch, meinte man, durch die fortgesetzte Rationalisierung und Automatisierung der Arbeitsmethoden verschärft werden. Das Problem beunruhigte die verantwortlichen Instanzen derartig, daß schließlich eine Staatskommission eingesetzt wurde, um Gegenmaßnahmen zu planen.

Weitgehende Eingriffe wurden auch vorgeschlagen, kamen aber nicht zum Zuge, denn die Befürchtungen hatten sich inzwischen als übertrieben erwiesen, obwohl die Zahlen stimmten, da ja die in Frage kommenden Altersklassen aus Kindern bestanden, die bereits geboren waren, als die Berechnungen aufgestellt wurden. Während sich die Zunahme der Arbeitsfähigen — also von Leuten zwischen 15 und 64 Jahren — im Jahresdurchschnitt für die Fünfjahrperiode 1956—1960 auf 26 100 Personen belief, beträgt sie für die Periode 1961—1966 nicht weniger als durchschnittlich 46 900, und für die Jahre 1966—1970 immer noch 30 700. Vergleichsweise soll erwähnt werden, daß der gesamte Bevölkerungszuwachs innerhalb der Spanne von 1961 bis 1965 auf nicht mehr als 41 400 im Jahresdurchschnitt berechnet wird, eine Zahl, die mithin kleiner ist als diejenige, die den entsprechenden Zuwachs der Arbeitsfähigen angibt.

Obzwar eine Verschärfung der Lage auch dadurch hätte eintreten können, daß Arbeitskräfte von der Landwirtschaft abwanderten — ein Prozeß, der tatsächlich in Gang gekommen ist —, so traf das jedoch bis jetzt nicht ein. Der Beschäftigungsgrad verbesserte sich verhältnismäßig automatisch und blieb bis jetzt auf einem hohen Niveau. Die schwierigen späten Wintermonate kann der Staat durch Abholzungs- und Straßenarbeiten ohne größeren Aufwand überbrücken. Hinzu kommt, daß Saisonarbeiter immer in Schweden Beschäftigung finden können. Zu den verhältnismäßig wenigen Errungenschaften der nordischen Zusammenarbeit gehört doch das wichtige Ergebnis, daß die nordischen Länder einen gemeinsamen Arbeitsmarkt bilden.

Vergleichen wir den gesamten Bevölkerungszuwachs mit dem Zuwachs der Beschäftigten innerhalb der Zeitspanne 1950—1960, so können wir feststellen, daß der erstere 10 % betrug, der letztere aber 15 %. Die Beschäftigung nahm indessen nicht nur zu, ihre Struktur änderte sich auch. So wuchs innerhalb der Gesamtzahl der Beschäftigten die Anzahl der Lohnempfänger von 66 % auf 73 %. Unter den Lohnempfängern wiederum nahm die Zahl der Funktionäre gegenüber den Arbeitern stark zu.

Berechnungen der Volkswirtschaftsabteilung beim Finanzministerium zeigen, daß die innerhalb der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft Beschäftigten von 39 % im Jahre 1950 auf 29 % im Jahre 1960 zurückgingen, während der Anteil der innerhalb der Industrie und der Bauwirtschaft tätigen Arbeitskräfte von 33 % auf 38 % der Anzahl aller Beschäftigten emporschnellte. Im Jahre 1960 wuchs die Anzahl der Beschäftigten um 4 % gegenüber 1959; für die einzelnen Branchen verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich: so verzeichnete die Bauwirtschaft eine Steigerung der Beschäftigung um 10 %, die Forstwirtschaft um 9 % und die Industrie um 7 %. Auch während des Jahres 1961 wuchs die Beschäftigung noch an, obgleich in langsamerem Tempo.

Die statistischen Berechnungen, die jetzt durchgeführt werden, sind mit den älteren kaum direkt vergleichbar, weil man in Finnland das neue internationale Berechnungssystem soeben eingeführt hat. Dieses System verwendet Begriffe, die von der Internationalen Arbeitsorganisation eingeführt und empfohlen worden sind. Da gegenwärtig keine Arbeitslosigkeit vorhanden ist, war diese Umstellung leichter durchzuführen. Beobachtungen während des vergangenen Jahres zeigen, daß Industrie und Bautätigkeit noch ein hohes und langsam steigendes Niveau aufweisen, die Forstwirtschaft aber von 1962 ab stagnieren wird. Merkwürdigerweise scheint die Landwirtschaft im Jahre 1961 mehr Arbeitskräfte absorbiert zu haben als im Vorjahre. Steigende Zahlen weisen die Dienstleistungsunternehmen auf, während die Grundinvestitionen zurückgegangen sind.

Die Industriearbeiter und die Waldarbeiter stellen in Finnland die beiden großen Arbeitergruppen dar. In früheren Zeiten überwog das sog. landwirtschaft-

liche Proletariat. Durch die Agrarreformen und die Flüchtlingsansiedlung verwandelte sich dieses Proletariat zu einem Kleinbauertum. Wie oben erwähnt, besteht immer noch ein Großteil der Waldarbeiter gerade aus Kleinbauern, zumal die Abholzung eine Saisonarbeit darstellt. Die gegenwärtige finnische Land- und Viehwirtschaft wird weitgehend von den Familienmitgliedern ohne fremde Arbeitskräfte betrieben. Die registrierten Industriearbeiter in Finnland umfassen rd. 300 000 Arbeitnehmer, wovon mehr als ein Drittel Frauen sind. Hierzu kommen noch als große Gruppe die Bauarbeiter. Innerhalb der Industrie wiederum sind die großen Gruppen: die Metallarbeiter, die Arbeiter der Holzindustrie, die Arbeiter innerhalb der Lebensmittelindustrie und die Textilarbeiter.

Arbeitsmarkt und Außenhandel

Das finnische Sozialprodukt wird für 1961 auf 1253 Mrd. Fmk (15,7 Mrd. DM) veranschlagt gegenüber 1159 Mrd. Fmk für 1960. Die Steigerung würde dem Geldwert nach 8% betragen, muß aber wegen der schleichenden Inflation an Realwert auf rd. 5,5% reduziert werden. Dieser Zuwachs wird zur knappen Hälfte auf die Zunahme der Beschäftigten, zur reichlichen Hälfte aber auf eine ansteigende Produktivität zurückgeführt. Es ist bemerkenswert, daß ein volles Viertel des Sozialprodukts exportiert wird. Außerdem setzt sich diese Ausfuhr zu drei Vierteln aus Holz- und Holzveredelungserzeugnissen zusammen. Diese Tatsache unterstreicht den Monokulturcharakter der finnischen Wirtschaft im Hinblick auf ihre Außenhandelsbeziehungen. Produkte der Metallindustrie kommen für 15% der Ausfuhr auf, während der stark subventionierte Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Butter, Käse, Fleisch) rd. 6% des Ausfuhrwertes beansprucht.

Unter diesen Umständen ist der Arbeitsmarkt in Finnland in erster Linie von der Holzwaren- und Papiernachfrage des Auslandes abhängig. Diese wird fast gänzlich durch westliche Käufer vertreten, während die wachsende Metallindustrie ihre Exportprodukte an die Sowjetunion verkauft. Die Mitgliedschaft Finnlands innerhalb der EFTA — der Anschluß datiert vom 1. 7. 1961 — erklärt sich durch die geschilderte Lage, zumal Großbritannien rd. ein Viertel der finnischen Gesamtausfuhr übernimmt. Allerdings ist die Bundesrepublik der Hauptabnehmer von Zeitungspapier. Im Jahre 1961 übernahmen die EFTA-Länder 35% und die EWG 30% der finnischen Exporte. Drei Viertel der finnischen Ausfuhr finden somit ihren natürlichen Absatz in Westeuropa.

Die politische Entwicklung der letzten Zeit dürfte aber keinen EWG-Anschluß Finnlands mehr erlauben, und die EFTA geht ihrer Auflösung entgegen. Dieses kann für den finnischen Arbeitsmarkt sehr ernste Folgen zeitigen, zumal der große Ausbau der chemischen Holzveredelung keineswegs abgeschlossen ist. Entsprechende Märkte können im Osten nie gewonnen werden. Andererseits kann die Sowjetunion durch verminderte Bestellungen die finnische Metall-

industrie schwer treffen, eine Politik, die während der sog. „Frostperiode“ im Spätherbst 1958 als politisches Druckmittel versucht wurde. Die Schwierigkeiten werden dadurch gesteigert, daß die Gewerkschaft der Metallindustrie stark kommunistisch infiltriert ist.

Rahmenabmachung der Tarifpartner

Der letzte große Generalstreik fand in Finnland im Frühjahr 1956 statt: seine Ursachen waren ausschließlich politischer Natur. Wenn man bedenkt, daß sich in den vergangenen Jahren ein gewaltiger Machtkampf um die Gewerkschaften zugetragen hat, kann man sich nur wundern, daß der Arbeitsmarkt so ruhig verblieb. Hierzu trug der Umstand bei, daß es den Tarifpartnern gelang, sich im Spätherbst 1960 über eine zwei Jahre geltende kollektive Rahmenabmachung zu einigen, wonach die jährliche Lohnsteigerung auf 4,5% begrenzt wurde. Hiermit schaltete man die älteren, komplizierten Indexverträge aus und sicherte den Arbeitnehmern einen kleinen realen Lohnzuwachs.

Der zu Beginn des Jahres 1962 — als besondere Folge eines noch ungedeckten Mammutbudgets — einsetzende Inflationsdruck ruft schon Unruhe hervor. Die Rahmenvereinbarung vom November 1960 läuft noch das ganze Jahr 1962. Der rechts-sozialdemokratische Gewerkschaftsbund meint schon jetzt, daß die vereinbarten Gehaltserhöhungen zum Schluß nur die Preissteigerungen ausschalten, aber keine reale Verbesserung des Lebensstandards erlauben werden. Merkwürdigerweise scheint der linksradikale-kommunistische Gewerkschaftsbund die Lage positiver einzuschätzen. Mit der Erhöhung des Brotgetreidepreises sind beide Zentralorganisationen unzufrieden.

Gegensätze innerhalb der Gewerkschaftsbewegung

Man kann die Ansicht vertreten, daß gerade die Aufsplitterung der Gewerkschaften in zwei konkurrierende Zentralverbände den Arbeitgebern vorübergehend eine stärkere Stellung verliehen habe. Die Gegensätze innerhalb der finnischen Arbeiterbewegung wurzeln tief und spiegeln sich auch in der politischen Entzweiung wider. Die Gewerkschaften haben immer die politische Arbeitervertretung finanziert und ihre Rückendeckung ausgemacht. Der unversöhnliche Gegensatz zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten — seitdem der sozialdemokratische Nestor V. Tanner 1944/45 die Bildung einer gemeinsamen Volksdemokratischen Arbeitereinheitspartei verhinderte — führte schließlich zur Sprengung des Gewerkschaftsbundes. Die beiden konkurrierenden Verbände waren nun jahrelang damit beschäftigt, einzelne Gewerkschaften für sich zu gewinnen oder — wo dieses sich als unmöglich erwies — neue Parallelgewerkschaften zu gründen.

Zu allem Unglück gelang es den Kommunisten, eine abtrünnige Fraktion innerhalb der Sozialdemokratie zustande zu bringen, die sich die sozialdemokratische Opposition nennt, gewöhnlich aber als Linksozial-

sten oder „Simoniten“ (nach dem Leiter Simonen) bezeichnet wird. Diese Fraktion entwickelte sich im Einvernehmen mit den Kommunisten und den Bauernparteien zu einer dritten politischen Arbeiterpartei. Man schien der Bildung einer „Volksfront“ dieser drei Parteien zuzustreben, die dann auch im Reichstag die Majorität stellen könnte. Zwar blieb die politische Vertretung der Linksozialisten gering — nur 14 unter 200 Abgeordneten —, aber innerhalb des größeren von den beiden Gewerkschaftsverbänden erreichte diese Richtung die Vormacht. Ihre wirklichen Stoßtruppen bestehen doch aus Kommunisten, und der Kampf mit dem rechts-sozialdemokratischen Gewerkschaftsbund ist noch nicht beendet. Gegenwärtig wird die finnische Arbeiterbewegung im Westen durch den rechts-sozialdemokratischen Gewerkschaftsbund, der sich die „Landesorganisation“ (LO) nennt, und im Osten durch den kommunistisch-linksozialistischen Bund (FFC) vertreten.

Ein weiteres Abgleiten der finnischen Regierung nach links — und dieses ist leider zu befürchten — kann mithin wieder eine starke Unruhe auf dem Arbeitsmarkt verursachen. Man ist demnach nicht berechtigt, die gegenwärtig scheinbar ruhige Lage als eine endgültige Stabilisierung anzusehen. Allerdings drohen die Unruhen nicht durch eine Arbeitslosigkeit hervorgerufen zu werden. Vielmehr wird man übertriebene Ansprüche auf soziale Vorteile, verkürzte Arbeitszeit und Mitbestimmungsrecht stellen.

„Unsichtbare“ Lohnsteigerungen

Das Stillhalten im Lohnkampf wurde bereits im Jahre 1961 dazu benutzt, den Arbeitnehmern über die Gesetzgebung große Vorteile zu gewähren. In der Tat wurden soziale „Reformen“ von einer Größenordnung durchgeführt, die einer „unsichtbaren“ Lohnsteigerung von rd. 20% gleichkommen. Es wurde eine obligatorische Pensionsversicherung zugunsten der Arbeitnehmer geschaffen, die die Unternehmer stark belastet: Hierzu kommen noch die sog. Familienpension und die Krankenversicherung, sogar die Kinderbeiträge wurden gesteigert.

Auch in Finnland wollen die Vertreter der Arbeitnehmer gern die Produktionssteigerung als Richtschnur für die Lohnerhöhungen ansehen. Nun sind ja derartige Berechnungen sehr unsicher; die durchschnittliche Jahressteigerung der Industrieproduktivität — d. h. die Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde innerhalb der Industrie — will man in jüngster Zeit auf etwa 5% veranschlagen. Wie dem auch sei, so

steht es doch fest, daß die große Privatindustrie Finnlands — wo die Form der Aktiengesellschaft vorherrschend ist — stark für die Rationalisierung eintritt. Unter den vier nordischen Ländern hat Finnland heute die durchschnittlich größeren Industrieanlagen.

Da sich aber der Staat zu einem immer größeren Unternehmer entwickelt, verliert die Produktivitätssteigerung als Richtschnur an Bedeutung. Der Reichstag hat schon jetzt das Prinzip ausgesprochen, daß die staatlichen Investitionen hauptsächlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen sollen. Außerdem besitzt die herrschende politische Konstellation ein Sonderinteresse für die industrielle Erschließung von Ost- und Nordfinnland, Gebiete, die in vieler Hinsicht als unterentwickelt betrachtet werden können, die aber auch wenig bevölkert sind. Da der Staat schon zwei Fünftel der Investitionstätigkeit im Lande kontrolliert und da diese unrentablen Investitionen außerdem bedeutende Kosten für den Ausbau der Infrastruktur mit sich bringen, kann ein Rückgang der Produktivität im Durchschnitt befürchtet werden.

Auswirkungen des „politischen Osthandels“

Die zweite Gefahr in diesem Zusammenhange stellt eine wachsende Einbeziehung Finnlands in den Osthandel dar. Schon jetzt ist die finnische Volkswirtschaft im Hinblick auf den Osthandel überfordert, da bei der Bilateralität der Ostverträge die nötige Importquote nur durch Handelsregelung und staatlichen Zwang zustande gebracht werden kann. Man kann auch folgern, daß der finnische Import aus der Sowjetunion politischer Natur ist. Eine Außenhandelsproportion von 15% im Handel mit der Sowjetunion stellt für Finnland ein äußerstes Maximum dar; hiermit wird man sich wahrscheinlich aber während der kommenden Jahre nicht begnügen.

Wie sich die zukünftige Wirtschaftspolitik, die eben angedeutet wurde, auf den Arbeitsmarkt auswirken wird, läßt sich noch nicht überblicken. Auf jeden Fall werden der Wohlstand wie auch das reale Arbeits-einkommen langsamer wachsen als bisher. Eine allseitige Erschließung der finnischen Wirtschaft und eine Normalisierung des Arbeitsmarktes ließen sich nur innerhalb einer gesamteuropäischen Wirtschaftsunion erreichen, in die ja Finnland seiner wirtschafts-geographischen Lage nach gehört. Selbstverständlich läßt sich die Vollbeschäftigung im Lande auch mit künstlichen Mitteln aufrechterhalten; ein solches System ist aber in diesem Zusammenhange kaum von Interesse.